
9624/J XXVII. GP

Eingelangt am 31.01.2022

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Hermann Brückl, MA
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung
betreffend **Einschaltung der Kinder- und Jugendhilfe durch österreichische Schulbehörden**

Seit Ausbruch der Corona-Pandemie haben sich immer wieder Familien an die FPÖ gewandt, die durch die Schulbehörden bei der Kinder- und Jugendhilfe gemeldet worden waren.

Vielfach wurde vermutet, dies könnte deshalb erfolgt sein, weil Eltern ihre Kinder nicht auf Corona testen lassen wollten oder wo Eltern für ihre Kinder die Maskenbefreiung gegen den Widerstand der Schulleitung durchsetzen wollten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung folgende

Anfrage

1. In wie vielen Fällen wurde im Schuljahr 2019/20 von Schulbehörden das Jugendamt verständigt?
2. In wie vielen Fällen davon wegen vermuteter häuslicher Gewalt?
3. In wie vielen Fällen davon deswegen, weil Eltern sich weigerten, ihr Kind (Corona-)testen zu lassen?
4. In wie vielen Fällen davon deswegen, weil Eltern sich weigerten, ihr Kind beim Betreten der Schule zum Tragen einer Maske zu zwingen?
5. In wie vielen Fällen deswegen, weil Eltern gemeinsam mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern auf Corona-Demos gewesen waren?

6. In wie vielen Fällen davon, wegen Zuwiderhandlungen gegen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung?
7. In wie vielen Fällen wurde im Schuljahr 2020/21 von Schulbehörden das Jugendamt verständigt?
8. In wie vielen Fällen davon wegen vermuteter häuslicher Gewalt?
9. In wie vielen Fällen davon deswegen, weil Eltern sich weigerten, ihr Kind (Corona-)testen zu lassen?
10. In wie vielen Fällen davon deswegen, weil Eltern sich weigerten, ihr Kind beim Betreten der Schule zum Tragen einer Maske zu zwingen?
11. In wie vielen Fällen deswegen, weil Eltern gemeinsam mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern auf Corona-Demos gewesen waren?
12. In wie vielen Fällen davon, wegen Zuwiderhandlungen gegen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung?